

Antrag 207/II/2018

Juso LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Gemeinsame Agrarpolitik ab 2020: Umwelt, Klima, Menschen und Tiere schützen

1 Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ist der einzige
 2 Politikbereich, der fast vollständig auf europäischer Ebene
 3 stattfindet. Sie war eine der ersten gemeinsamen Poli-
 4 tiken und hat sich über die Jahre stark verändert. An vie-
 5 len Stellen scheint sie jedoch immer noch eher wie ein
 6 Überbleibsel aus Nachkriegszeiten und das Ergebnis ein-
 7 seitiger Lobbyarbeit. Die aktuelle GAP wird 2020 auslau-
 8 fen und muss dann neu aufgestellt werden. Die aktuel-
 9 len, seitens der Europäischen Kommission veröffentlichten
 10 Arbeitsstände zur Überarbeitung der GAP verspre-
 11 chen jedoch wenig Neuerungen. Vielmehr lassen sie er-
 12 warten, dass die GAP weiterhin zur Besitzstandswahrung
 13 von Landbesitzer*innen genutzt wird anstatt auf die viel-
 14 fältigen Herausforderungen der Zukunft zu reagieren.

15
 16 Eine sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik hat die-
 17 se im Blick: Sie blickt nicht einseitig nur auf die Produ-
 18 zent*innenseite und übernimmt alle Lobbyforderungen
 19 der organisierten, konventionellen Landwirt*innen wie
 20 die Konservativen. Sie stellt sich aber auch nicht auf die
 21 Seite einer kleinen Gruppe von gutverdienenden, urbanen
 22 Konsument*innen, die mit ihrer erhöhten Kaufkraft eine
 23 romantische Vorstellung von Landwirtschaft ohne moder-
 24 ne Dünge- und Pflanzenschutzmittel und entsprechend
 25 geringeren Erträgen unterstützen und damit konventio-
 26 nellen Landwirt*innen ihr Existenzrecht abspricht.

1. Ziele einer sozialdemokratischen Agrarpolitik

28 Sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik hat einen
 29 weiteren, globaleren Blick als das. Sie hat den Schutz
 30 von Umwelt, Klima und Ressourcen zum Ziel. Außerdem
 31 schaut sie nicht nur auf Konsument*innen und Produ-
 32 zent*innen im Agrarbereich in Deutschland und der EU,
 33 sondern weltweit und denkt besonders die Verbindungen
 34 zu internationaler Klima- und Handelspolitik mit. Wie
 35 alle Politikbereiche muss sich auch die Agrarpolitik zu den
 36 Sustainable Development Goals (SDGs) der UN bekennen
 37 und ihren Beitrag zu deren Erreichen leisten. Außerdem
 38 erkennt sie auch die Herstellung gleichwertiger Lebens-
 39 verhältnisse in der Stadt und auf dem Land, sowie die
 40 Relevanz des ländlichen Raums für die Energiegewinnung
 41 aus erneuerbaren Ressourcen als ihre Aufgabe an.

42

Umweltschutz

44 Der Landwirtschaft kommt eine besondere Rolle beim Kli-
 45 maschutz zu: Allein die globale Tierproduktion stößt nach
 46 Schätzungen der FAO 14,5% aller Treibhausgase (THG) aus.
 47 Andere Studien kommen auf bis zu 25%. Das Bundesmi-

Empfehlung der Antragskommission

zurückgestellt

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ist der einzige
 Politikbereich, der fast vollständig auf europäischer Ebene
 stattfindet. Sie war eine der ersten gemeinsamen Poli-
 tiken und hat sich über die Jahre stark verändert, **durch-**
aus in die richtige Richtung. An vielen Stellen scheint
 sie jedoch immer noch eher wie ein Überbleibsel aus
 Nachkriegszeiten und das Ergebnis einseitiger Lobbyar-
 beit. Die aktuelle GAP wird 2020 auslaufen und muss dann
 neu aufgestellt werden. Die aktuellen, seitens der Euro-
 päischen Kommission veröffentlichten Arbeitsstände zur
 Überarbeitung der GAP versprechen jedoch wenig Neuer-
 ungen. Vielmehr lassen sie erwarten, dass die GAP wei-
 terhin zur Besitzstandswahrung von Landbesitzer*innen
 genutzt wird anstatt auf die vielfältigen Herausforderun-
 gen der Zukunft zu reagieren.

Eine sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik hat die-
 se im Blick: Sie blickt nicht einseitig nur auf die Produ-
 zent*innenseite und übernimmt alle Lobbyforderungen
 der organisierten, konventionellen Landwirt*innen wie
 die Konservativen. Sie stellt sich aber auch nicht auf die
 Seite einer kleinen Gruppe von gutverdienenden, urbanen
 Konsument*innen, die mit ihrer erhöhten Kaufkraft eine
 romantische Vorstellung von Landwirtschaft ohne moder-
 ne Dünge- und Pflanzenschutzmittel und entsprechend
 geringeren Erträgen unterstützen und damit konventio-
 nellen Landwirt*innen ihr Existenzrecht abspricht.

1. Ziele einer sozialdemokratischen Agrarpolitik

Sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik hat einen
 weiteren, globaleren Blick als das. Sie hat den Schutz
 von Umwelt, Klima und Ressourcen zum Ziel. Außerdem
 schaut sie nicht nur auf Konsument*innen und Produ-
 zent*innen im Agrarbereich in Deutschland und der EU,
 sondern weltweit und denkt besonders die Verbindungen
 zu internationaler Klima- und Handelspolitik mit. Wie
 alle Politikbereiche muss sich auch die Agrarpolitik zu den
 Sustainable Development Goals (SDGs) der UN bekennen
 und ihren Beitrag zu deren Erreichen leisten. Außerdem
 erkennt sie auch die Herstellung gleichwertiger Lebens-
 verhältnisse in der Stadt und auf dem Land, **den Erhalt**
von Vielfalt unter den landwirtschaftlichen Betrieben

48 nisterium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicher-
 49 heit (BMU) geht für das Industrieland Deutschland, mit
 50 seinem vergleichswisen kleinen Agrarsektor, davon aus,
 51 dass die Landwirtschaft direkt rund 8 % und wenn Produk-
 52 tion und Gebrauch von Mineraldünger einbezogen wird
 53 sogar 15 % des deutschen Treibhausgasausstoßes verur-
 54 sacht. Wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen, müs-
 55 sen wir an allen verfügbaren Stellschrauben drehen! Da-
 56 zu gehört, dass wir die Produktion und den Konsum tieri-
 57 scher Produkte in der EU erkennbar senken.

58
 59 Darüber hinaus müssen wir CO₂-Senken wie z.B. Moore
 60 und Feuchtwiesen schützen, pflegen und wiedervernäs-
 61 sen, sowie klimafreundliche Produktionsmethoden und
 62 die Forschung an diesen fördern.

63
 64 Weitere Aufgabe sozialdemokratischer Landwirtschafts-
 65 politik ist der Schutz von Böden und Grundwasser. Auch
 66 hier sind die Herausforderungen vielfältig: In Teilen Süd-
 67 europas droht Wüstenbildung, in anderen sind Böden und
 68 Grundwasser durch hohe Mengen an Gülle stark belastet.
 69 In vielen Böden ist durch intensive Bearbeitung der Hu-
 70 musgehalt und damit die Biodiversität und Fruchtbarkeit
 71 gefährdet. Des Weiteren stellen uns Ressourcenkreisläufe
 72 bei Stickstoff und Phosphat sowie eine abnehmende Bio-
 73 diversität, insbesondere das Insektensterben, vor Proble-
 74 me, die es zu lösen gilt.

75
 76 **Ethischer Umgang mit Tieren**

77 Als moderne Gesellschaft müssen wir uns fragen, ob wir
 78 es weiterhin gutheißen können, dass Nutztiere unter quä-
 79 lenden Bedingungen gehalten werden, die ihnen ein art-
 80 typisches Verhalten unmöglich macht. Das betrifft ne-
 81 ben der Stallgröße, unter anderem die Herdengröße und
 82 tatsächlich möglicher Ausgang ins Freiland. Auch ist uns
 83 klar, dass das Schreddern männlicher Küken, das Kupie-
 84 ren von Schweineschwänzen oder die Trennung von Jung-
 85 und Muttertieren nicht weiter als notwendige Eingrif-
 86 fe bei der Tierhaltung hinzunehmen sind. Heute gängi-
 87 ge Züchtungs- und Fütterungspraktiken führen dazu, dass
 88 Tiere schon nach einem Bruchteil ihrer natürlichen Le-
 89 benserwartung ihr Schlachtgewicht erreichen. Dass ein
 90 Großteil der „konventionellen“ Tierproduktion nur mit ei-
 91 ner inflationären Gabe von Medikamenten, insbesonde-
 92 re Antibiotika und mit der teilweisen Amputation von
 93 Schnäbeln und Schwänzen funktionieren kann, ist Beweis
 94 genug, dass diese „konventionelle“ Tierhaltung mit dem
 95 Tierwohl nicht vereinbar ist.

96
 97 **Die EU-Landwirtschaft im globalen Kontext**

98 Als eine der reichsten Regionen der Welt mit einem gro-
 99 ßen Industriesektor muss sich die EU fragen, ob sie auch
 100 im Bereich Landwirtschaft den Wettbewerbsvorteil ha-

und Verhinderung von Konzentration durch zu große Betriebe, sowie die Relevanz des ländlichen Raums für die Energiegewinnung aus erneuerbaren Ressourcen als ihre Aufgabe an.

Umweltschutz

Der Landwirtschaft kommt eine besondere Rolle beim Kli-
 maschutz zu: Allein die globale Tierproduktion stößt nach
 Schätzungen der FAO 14,5% aller Treibhausgase (THG) aus.
 Andere Studien kommen auf bis zu 25%. Das Bundesmi-
 nisterium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicher-
 heit (BMU) geht für das Industrieland Deutschland, mit
 seinem vergleichswisen kleinen Agrarsektor, davon aus,
 dass die Landwirtschaft direkt rund 8 % und wenn Produk-
 tion und Gebrauch von Mineraldünger einbezogen wird
 sogar 15 % des deutschen Treibhausgasausstoßes verur-
 sacht. Wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen, müs-
 sen wir an allen verfügbaren Stellschrauben drehen! Da-
 zu gehört, dass wir die Produktion und den Konsum tieri-
 scher Produkte in der EU erkennbar senken.

Darüber hinaus müssen wir CO₂-Senken wie z.B. Moo-
 re und Feuchtwiesen schützen, pflegen und wiederver-
 nässen, **den Waldumbau mit klimaangepassten Gehöl-
 zen**, sowie klimafreundliche Produktionsmethoden und
 die Forschung an diesen fördern.

Weitere Aufgabe sozialdemokratischer Landwirtschafts-
 politik ist der Schutz von Böden und Grundwasser. Auch
 hier sind die Herausforderungen vielfältig: In Teilen Süd-
 europas droht Wüstenbildung, in anderen sind Böden und
 Grundwasser durch hohe Mengen an Gülle stark belastet.
 In vielen Böden ist durch intensive Bearbeitung der Hu-
 musgehalt und damit die Biodiversität und Fruchtbarkeit
 gefährdet. Des Weiteren stellen uns Ressourcenkreisläufe
 bei Stickstoff und Phosphat sowie eine abnehmende Bio-
 diversität, insbesondere das **Sterben von Insekten, die als
 Bestäuber eine Schlüsselfunktion erfüllen**, vor Probleme,
 die es zu lösen gilt.

Ethischer Umgang mit Tieren

Als Gesellschaft müssen wir uns fragen, ob wir es wei-
 terhin gutheißen können, dass Nutztiere unter quälenden
 Bedingungen gehalten werden, die ihnen ein arttypisches
 Verhalten unmöglich macht. Das betrifft neben der Stall-
 größe, unter anderem die Herdengröße und tatsächlich
 möglicher Ausgang ins Freiland. Auch ist uns klar, dass das
 Schreddern männlicher Küken, das Kupieren von Schwe-
 neschwänzen oder die Trennung von Jung- und Mutter-
 tieren, betäubungsloses Kastrieren nicht weiter als not-
 wendige Eingriffe bei der Tierhaltung hinzunehmen sind.
 Heute gängige Züchtungs- und Fütterungspraktiken füh-
 ren dazu, dass Tiere schon nach einem Bruchteil ihrer
 natürlichen Lebenserwartung ihr Schlachtgewicht errei-
 chen. Dass ein Großteil der „konventionellen“ Tierproduk-

101 ben muss und ob das die enormen Subventionen wert
 102 sind. In der EU befinden sich einige der besten Flächen,
 103 um Landwirtschaft zu betreiben und natürlich kann die
 104 EU auch nur bei der Landwirtschaft in ihren Mitglieds-
 105 staaten Vorgaben zu Umwelt- und Klimaschutz und Ge-
 106 sundheitsstandards in der Produktion machen, nicht je-
 107 doch bei importierten Nahrungsmitteln. Wenn diese Vor-
 108 gaben zu hoch sind und aufgrund fehlender finanzieller
 109 Stützung die europäischen Produzent*innen nicht mehr
 110 wettbewerbsfähig sind, wird auch diese Möglichkeit weg-
 111 fallen.

112

113 Dennoch muss sich die EU bewusstmachen, dass gerade
 114 die Landwirtschaft für viele Länder im Globalen Süden ei-
 115 ne Einstiegsmöglichkeit darstellt, um am globalen Han-
 116 del teilzunehmen und wirtschaftlich zu wachsen. An die-
 117 ser Stelle sollen Forschungs- und Entwicklungsmaßnah-
 118 men die Subventionierung europäischer Landwirt*innen
 119 ergänzen, die landwirtschaftlichen Produzent*innen welt-
 120 weit zu Gute kommen, beispielsweise zur Produktivitäts-
 121 steigerung, Ressourceneinsparung (inkl. Fläche) und An-
 122 passung an den Klimawandel um die Herausforderungen
 123 einer wachsenden Weltbevölkerung begegnen zu kön-
 124 nen. Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshof, die
 125 neue Technik CRISPR/Cas9 mit herkömmlicher Gentechn-
 126 nik gleichzusetzen, ist eine verpasste Gelegenheit und
 127 stellt ein Hindernis für Fortschritte in der globalen Agrar-
 128 wirtschaft dar. Grüne Gentechnik bietet gerade in Zeiten
 129 des Klimawandels für Landwirt*innen und Konsument*in-
 130 nen in der EU und der Welt große Potentiale. Es darf nicht
 131 sein, dass diese Potentiale in der Hand einiger weniger
 132 Riesenkonzerne liegen, die durch Patente auf Saatgut und
 133 die Kopplung an bestimmte Pestizide, Herbizide und Dün-
 134 gemittel die Abhängigkeit der Landwirt*innen sichern.

135

136 Konsument*innenschutz

137 In der Linie mit anderen Bereichen des europäischen Bin-
 138 nenmarkts ist es wichtig, dass auch im Bereich Ernäh-
 139 rung EU-weite, hohe Standards gelten, was Sicherheit und
 140 Gesundheit anbelangt. Aktuelle Herausforderungen um-
 141 fassen neben diesen außerdem die Verringerung von Le-
 142 bensmittelverschwendung auf allen Stufen der Produkti-
 143 on und des Konsums, ebenso wie eine Verschiebung von
 144 Konsummustern hin zu einer höheren Umweltfreundlich-
 145 keit, durch u.a. den verringerten Konsum tierischer Pro-
 146 dukte.

147

148 Durch das vermehrte Vorkommen multi-resistenter Kei-
 149 me ist es darüber hinaus dringend notwendig, endlich das
 150 Problem des inflationären Gebrauchs von Antibiotika und
 151 auch Reserve-Antibiotika in der Landwirtschaft anzuge-
 152 hen!

153

tion nur mit einer inflationären Gabe von Medikamenten,
 insbesondere Antibiotika und mit der teilweisen Amputa-
 tion von Schnäbeln und Schwänzen funktionieren kann,
 ist Beweis genug, dass diese „konventionelle“ Tierhaltung
 mit dem Tierwohl nicht vereinbar ist. Eine weitere Tier-
 quälerei findet durch massive Transporte von lebenden
 Schlachtvieh quer durch Europa statt, das rein theoretisch
 verboten ist, praktisch aber gängige Praxis ist. Hier bedarf
 es strengere Kontrollen und Strafen.

Die EU-Landwirtschaft im globalen Kontext

Als eine der reichsten Regionen der Welt mit einem gro-
 ßen Industriesektor muss sich die EU fragen, ob sie auch
 im Bereich Landwirtschaft den Wettbewerbsvorteil ha-
 ben muss und ob das die enormen Subventionen wert
 sind. In der EU befinden sich einige der besten Flächen,
 um Landwirtschaft zu betreiben und natürlich kann die
 EU auch nur bei der Landwirtschaft in ihren Mitglieds-
 staaten Vorgaben zu Umwelt- und Klimaschutz und Ge-
 sundheitsstandards in der Produktion machen, nicht je-
 doch bei importierten Nahrungsmitteln. Wenn diese Vor-
 gaben zu hoch sind und aufgrund fehlender finanzieller
 Stützung die europäischen Produzent*innen nicht mehr
 wettbewerbsfähig sind, wird auch diese Möglichkeit weg-
 fallen.

Dennoch muss sich die EU bewusstmachen, dass gerade
 die Landwirtschaft für viele Länder im Globalen Süden ei-
 ne Einstiegsmöglichkeit darstellt, um am globalen Handel
 teilzunehmen und wirtschaftlich zu wachsen. **Sie muss ih-
 re Handelspolitik daran ausrichten, den zollfreien Zugang
 von „Entwicklungsländern“ zum europäischen Markt si-
 cherstellen und sich für einen starken Multilateralismus
 einsetzen.**

An dieser Stelle sollen Forschungs- und Entwicklungs-
 maßnahmen die Subventionierung europäischer Land-
 wirt*innen ergänzen, die landwirtschaftlichen Produ-
 zent*innen weltweit zu Gute kommen, beispielswei-
 se zur Produktivitätssteigerung, Ressourceneinsparung
 (inkl. Fläche) und Anpassung an den Klimawandel um die
 Herausforderungen einer wachsenden Weltbevölkerung
 begegnen zu können. Die Entscheidung des Europäischen
 Gerichtshof, die neue Technik CRISPR/Cas9 mit herkömm-
 licher Gentechnik gleichzusetzen, ist eine verpasste Gele-
 genheit und stellt ein Hindernis für Fortschritte in der glo-
 balen Agrarwirtschaft dar. Grüne Gentechnik bietet ge-
 rade in Zeiten des Klimawandels für Landwirt*innen und
 Konsument*innen in der EU und der Welt große Potentia-
 le. Es darf nicht sein, dass diese Potentiale in der Hand eini-
 ger weniger Riesenkonzerne liegen, die durch Patente auf
 Saatgut und die Kopplung an bestimmte Pestizide, Herbi-
 zide und Düngemittel die Abhängigkeit der Landwirt*in-
 nen sichern.

154 **Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land**

155 In vielen Mitgliedsstaaten sind die Löhne in der Landwirt-
156 schaft und insgesamt im ländlichen Raum niedriger als
157 der Durchschnitt. Hinzu kommt, dass die Infrastruktur auf
158 dem Land an vielen Stellen deutlich schwächer ist: Das
159 senkt nicht nur die Lebensqualität der Menschen auf dem
160 Land, sondern stellt auch eine Hürde für die wirtschaftli-
161 che Entwicklung dieser Räume dar.

162

163 **Energiegewinnung:**

164 Vor dem Hintergrund der Förderung erneuerbarer En-
165 ergien ist für viele Landeigentümer*innen die Nutzung
166 ihrer Flächen neben der Landwirtschaft zur Nahrungs-
167 mittelerzeugung auch die Biomasseproduktion oder für
168 Sonnen- und Windenergieanlagen attraktiv geworden.
169 Die EU muss im Rahmen ihrer Klimapolitik einen Weg fin-
170 den, die Flächenkonkurrenz à la „Teller oder Tank“ gegen-
171 einander abzuwägen und einen Klimaschutz aus einem
172 Guss entwerfen.

173

174 **2. Instrumente einer sozialdemokratischen Agrarpolitik**

175 Angesichts der globalen Relevanz dieser Aufgaben bekен-
176 nen wir uns zur EU als richtige Politikebene um die Zie-
177 le in diesem Bereich festzulegen. Wir wissen schon lange,
178 dass es keinen Sinn ergibt beispielsweise den Klimawan-
179 del auf nationaler Ebene zu bekämpfen. Dafür braucht es
180 globale, mindestens jedoch europäische Pläne. Aufgrund
181 der unterschiedlichen landschaftlichen und klimatischen
182 Begebenheiten in der EU ist es aber wichtig im Sinne des
183 Subsidiaritätsprinzips den Mitgliedsstaaten Freiheiten bei
184 der Nutzung der zur Verfügung gestellten Instrumente zu
185 geben.

186 Das Instrumentarium der GAP funktioniert aktuell eher
187 nach dem Prinzip „Gießkanne“ und richtet sich wenig an
188 den formulierten Zielen aus. Bei der Höhe des Agrarbud-
189 gets von ca. 58 Mrd. € (40 % des Gesamtbudgets der EU),
190 ist dieser Umstand noch erschreckender: Wir stehen so
191 gigantischen Herausforderungen gegenüber, die unsere
192 Zukunft maßgeblich beeinflussen werden und viele die-
193 ser Probleme können wir mit einer zielgerichteten Land-
194 wirtschaftspolitik angehen. Wir können es uns daher nicht
195 leisten auch nur einen der 58 Mrd. Euro ohne jeglichen Ef-
196 fekt versickern zu lassen!

197 Entsprechend ist es dringend notwendig, die GAP für die
198 Zeit nach 2020 zu überarbeiten und ihre Instrumente auf
199 die vorhandenen und kommenden Herausforderungen
200 auszurichten.

201

202 **Dazu fordern wir: Öffentliche Gelder gibt es nur für öf-**
203 **fentliche Leistung.**

204 Wir fordern das Abschmelzen der ersten Säule der GAP.
205 Ein Teil der frei werdenden Mittel soll zugunsten der zwei-
206 ten Säule eingesetzt werden: **Direktzahlungen, die ein-**

Konsument*innenschutz

In der Linie mit anderen Bereichen des europäischen Bin-
nenmarkts ist es wichtig, dass auch im Bereich Ernäh-
rung EU-weite, hohe Standards gelten, was Sicherheit und
Gesundheit anbelangt. Aktuelle Herausforderungen um-
fassen neben diesen außerdem die Verringerung von Le-
bensmittelverschwendung auf allen Stufen der Produkti-
on und des Konsums, ebenso wie eine Verschiebung von
Konsummustern hin zu einer höheren Umweltfreundlich-
keit, durch u.a. den verringerten Konsum tierischer Pro-
dukte.

Durch das vermehrte Vorkommen multi-resistenter Kei-
me ist es darüber hinaus dringend notwendig, endlich das
Problem des inflationären Gebrauchs von Antibiotika und
auch Reserve-Antibiotika in der Landwirtschaft anzuge-
hen!

Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

In vielen Mitgliedsstaaten sind die Löhne in der Landwirt-
schaft und insgesamt im ländlichen Raum niedriger als
der Durchschnitt. Hinzu kommt, dass die Infrastruktur auf
dem Land an vielen Stellen deutlich schwächer ist: Das
senkt nicht nur die Lebensqualität der Menschen auf dem
Land, sondern stellt auch eine Hürde für die wirtschaftli-
che Entwicklung dieser Räume dar.

Energiegewinnung:

Vor dem Hintergrund der Förderung erneuerbarer En-
ergien ist für viele Landeigentümer*innen die Nutzung
ihrer Flächen neben der Landwirtschaft zur Nahrungs-
mittelerzeugung auch die Biomasseproduktion oder für
Sonnen- und Windenergieanlagen attraktiv geworden.
Die EU muss im Rahmen ihrer Klimapolitik einen Weg fin-
den, die Flächenkonkurrenz à la „Teller oder Tank“ gegen-
einander abzuwägen und einen Klimaschutz aus einem
Guss entwerfen.

2. Instrumente einer sozialdemokratischen Agrarpolitik

Angesichts der globalen Relevanz dieser Aufgaben bekен-
nen wir uns zur EU als richtige Politikebene um die Zie-
le in diesem Bereich festzulegen. Wir wissen schon lange,
dass es keinen Sinn ergibt beispielsweise den Klimawan-
del auf nationaler Ebene zu bekämpfen. Dafür braucht es
globale, mindestens jedoch europäische Pläne. Aufgrund
der unterschiedlichen landschaftlichen und klimatischen
Begebenheiten in der EU ist es aber wichtig im Sinne des
Subsidiaritätsprinzips den Mitgliedsstaaten Freiheiten bei
der Nutzung der zur Verfügung gestellten Instrumente zu
geben.

Das Instrumentarium der GAP funktioniert aktuell eher
nach dem Prinzip „Gießkanne“ und richtet sich wenig an

207 **fach pro Hektar gezahlt werden, gehören abgeschafft.**
 208 Wir wollen **Landwirt*innen für ihre Leistungen im Bereich**
 209 **Landschaftspflege, Umwelt- und Klimaschutz sowie Tier-**
 210 **schutz u.ä. entlohnen** und Anreize dafür setzen, in diesen
 211 Bereichen noch mehr zu leisten. Dies soll über das bishe-
 212 rige Maß hinaus durch regulatorische Maßnahmen sowie
 213 mit einem Teil der finanziellen Mittel geschehen, die bis-
 214 her im Rahmen der ersten Säule verwendet werden. Wenn
 215 Landwirt*innen ihre Produktion zugunsten einer besse-
 216 ren Klima- und Umweltbilanz verändern, müssen sie da-
 217 für angemessen entlohnt werden. Die Höhe der Zahlun-
 218 gen muss sich am Wert der Leistungen der Landwirt*innen
 219 für Umwelt, Klima und Gesellschaft bemessen. Nur so be-
 220 kommen wir einen funktionierenden Markt, bei dem sich
 221 alle Akteur*innen am gesellschaftlichen, nicht am priva-
 222 ten wirtschaftlichen Optimum orientieren. Die Greening-
 223 Kosmetik, die die jetzige GAP bietet, reicht nicht aus und
 224 setzt teilweise sogar falsche Anreize!

225
 226 Um eine kohärente Klima- und Umweltpolitik zu haben,
 227 dürfen diese Zahlungen aber nicht nur auf den Agrarsek-
 228 tor beschränkt bleiben: **Jede*r Produzent*in, egal ob in**
 229 **der Landwirtschaft tätig oder in einem anderen Bereich,**
 230 **soll für Leistungen, die der Öffentlichkeit zu Gute kom-**
 231 **men, die aber nicht auf dem Markt entlohnt werden, vom**
 232 **Staat entlohnt werden.** Hierbei spielt es keine Rolle, ob be-
 233 sondere Leistungen für die Biodiversität bei dem Einbe-
 234 zug geschützter Wiesenflächen durch die Umplanung ein-
 235 nes Ackers, eines Friedhofs oder Flughafens erbracht wer-
 236 den.

237
 238 Es braucht stärkere öffentliche Anstrengungen, um den
 239 **Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren.** Dazu gehört,
 240 **den Konsum tierischer Produkte in der EU erkennbar zu**
 241 **senken.** Dabei muss eine soziale Diskriminierung verhin-
 242 dert werden. Bei den drängenden Problemen des Klima-
 243 wandels können wir diesen Bereich bei unseren Anstren-
 244 gungen nicht einfach ausklammern. Hier kann die Sub-
 245 ventionierung besonders klimafreundlicher Lebensmittel
 246 ein Instrument sein, genauso wie die Einführung einer Kli-
 247 maabgabe auf Lebensmittel, deren Produktion besonders
 248 viele Treibhausgase freisetzt.

249
 250 Die Sozialdemokratie wird sich auf den entsprechen-
 251 den Ebenen außerdem dafür einsetzen, **Glyphosat zum**
 252 **nächstmöglichen Zeitpunkt in der EU zu verbieten,** sollte
 253 es bis dahin keine wissenschaftlich einwandfreien Studi-
 254 en geben, die die langfristige Nicht-Schädlichkeit belegen.
 255 Das bezieht sich auf die Gesundheit von Produzent*innen
 256 und Konsument*innen, wie auch auf die Biodiversität, vor
 257 allem auf den Insektenschutz.

258
 259 Wir fordern außerdem die umfangreiche finanzielle För-

den formulierten Zielen aus. **Mehr als drei Viertel des Agrarbudgets fließt in die sogenannte erste Säule der GAP, bei der wiederum ein Großteil des Geldes als Basisprämie pro Hektar gezahlt wird, ohne dass irgendwelche Anforderungen hinsichtlich Umweltschutzes oder auch nur Bewirtschaftung der Fläche erfüllt werden müssen. Wir begrüßen, dass inzwischen durch die sogenannte Cross Compliance die Zahlungen aus der ersten Säule an die Einhaltung von Mindest-Umweltstandards gekoppelt sind, allerdings ist das immer noch keine zufriedenstellende Anreizsetzung, die die Zahlung öffentlicher Gelder rechtfertigt. Angesichts der Höhe des Agrarbudgets von ca. 58 Mrd. € (40 % des Gesamtbudgets der EU), ist dieser Umstand besonders erschreckend: Wir stehen so gigantischen Herausforderungen gegenüber, die unsere Zukunft maßgeblich beeinflussen werden und viele dieser Probleme können wir mit einer zielgerichteten Landwirtschaftspolitik angehen. Wir können es uns daher nicht leisten auch nur einen der 58 Mrd. Euro ohne jeglichen Effekt versickern zu lassen!**

Entsprechend ist es dringend notwendig, die GAP für die Zeit nach 2020 zu überarbeiten und ihre Instrumente auf die vorhandenen und kommenden Herausforderungen auszurichten.

Dazu fordern wir:

Öffentliche Gelder gibt es nur für öffentliche Leistung.

Wir fordern das Abschmelzen der ersten Säule der GAP. Ein Teil der frei werdenden Mittel soll zugunsten der zweiten Säule eingesetzt werden: Direktzahlungen, die einfach pro Hektar gezahlt werden („Basisprämie“), gehören abgeschafft. Wir wollen Landwirt*innen für ihre Leistungen im Bereich Landschaftspflege, Umwelt- und Klimaschutz sowie Tierschutz u.ä. entlohnen und Anreize dafür setzen, in diesen Bereichen noch mehr zu leisten. Dies soll über das bisherige Maß hinaus durch regulatorische Maßnahmen sowie mit einem Teil der finanziellen Mittel geschehen, die bisher im Rahmen der ersten Säule verwendet werden. Wenn Landwirt*innen ihre Produktion zugunsten einer besseren Klima- und Umweltbilanz verändern, müssen sie dafür angemessen entlohnt werden. Die Höhe der Zahlungen muss sich am Wert der Leistungen der Landwirt*innen für Umwelt, Klima und Gesellschaft bemessen. Nur so bekommen wir einen funktionierenden Markt, bei dem sich alle Akteur*innen am gesellschaftlichen, nicht am privaten wirtschaftlichen Optimum orientieren. Die Greening-Kosmetik, die die jetzige GAP bietet, reicht nicht aus und setzt teilweise sogar falsche Anreize! **Aktuell sehen wir Mitnahmeeffekte, da teilweise nur gute landwirtschaftliche Praxis belohnt wird, die auch ohne Greening-Zahlungen stattfinden würde, wie z.B. bei Fruchtfolgen. An anderen Stellen übersteigen die Zahlungen die Mehr-**

260 derung von Forschung im Bereich der Agrarwissenschaft-
 261 ten und grüner Gentechnik an Universitäten und öffent-
 262 lich finanzierten Forschungseinrichtungen, sowie verbes-
 263 serte Möglichkeiten für öffentliche Einrichtungen, neue
 264 gentechnisch veränderte Pflanzen im Feld zu testen.

265

266 **Mehr Tierwohl in der EU**

267 Um endlich die Standards in der Tierhaltung ausreichend
 268 zu erhöhen, brauchen wir **neue, verbindliche, strenge Re-**
 269 **gelungen**, deren Einhaltung besser kontrolliert wird. Frei-
 270 willige Selbstverpflichtungen und noch ein Label reichen
 271 uns nicht aus, da das keine Instrumente sind, die wirkliche
 272 und flächendeckende Besserung bringen!

273

274 **Gesundheit von Konsument*innen**

275 Medikamente, insbesondere **Antibiotika dürfen nicht**
 276 **mehr durch die Tierärzt*innen selbst verkauft werden.** Des
 277 Weiteren dürfen Tiere, die eine Antibiotikatherapie erhal-
 278 ten haben, nicht wieder in den Lebensmittelmarkt einge-
 279 führt werden. Dies gilt auch für Erzeugnisse dieses Tieres.
 280 Diese Praxis setzt aktuell den Anreiz, Antibiotika und an-
 281 dere Medikamente zu oft und in zu großen Mengen zu
 282 verschreiben, da die verschreibenden Tierärzt*innen durch
 283 den Verkauf daran zusätzlich verdienen können. Leider hat
 284 das Verbot, ganze Herden auf einmal mit Antibiotika zu
 285 medikamentieren, bisher kaum Wirkung gezeigt und wird
 286 viel zu oft umgangen. Die Einhaltung dieses **Verbots muss**
 287 **stärker kontrolliert werden**, um die Resistenzbildung von
 288 Keimen nicht noch zu beschleunigen.

289

290 **Gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land**

291 Einkommenssicherung muss auch für Landwirt*innen
 292 stattfinden, allerdings im Rahmen der **Sozialpolitik der EU**
 293 **und der Mitgliedsstaaten. Die Idee, diesen Transfer über**
 294 **Direktzahlungen über die Fläche gewährleisten zu wol-**
 295 **len, ist absolut nicht sinnvoll:** Zum einen erhalten flä-
 296 chenmäßig große Betriebe mehr Zahlungen und nicht die
 297 schlechter verdienenden Landwirt*innen, wie es die Soli-
 298 darität gebieten würde. Zum anderen, schlagen Landei-
 299 gentümer*innen die Zahlung in der Regel direkt auf den
 300 Pachtpreis für das Land auf. Dies betrifft Deutschland
 301 noch mehr als andere Mitgliedsstaaten, denn hier sind be-
 302 sondern viele Landwirt*innen nur Pächter*innen und nicht
 303 Eigentümer*innen des von ihnen bewirtschafteten Lands.
 304 Eine Umverteilung nach sozialen Gesichtspunkten kann
 305 mit Direktzahlungen pro Fläche also gar nicht stattfinden.
 306

307 Wie in allen anderen Wirtschaftsbereichen, tragen auch
 308 in der Landwirtschaft die Selbstständigen das unterneh-
 309 merische Risiko selbst. An dieser Stelle kann geprüft wer-
 310 den, ob es im Rahmen der Förderung kleiner und mittlerer
 311 Unternehmen (KMU) sinnvoll ist, auch für Landwirt*innen
 312 Programme zur **Minderung des unternehmerischen Risi-**

kosten für die Landwirt*innen, sowie den gesellschaftli-
chen Mehrwert deutlich und stellen so eine Verschwen-
dung öffentlicher Gelder dar. Der gesellschaftliche Mehr-
wert einer Maßnahme kann auch von der Region abhän-
gen: So sind z.B. Maßnahmen zum Schutz vor Wüsten-
bildung in einigen Teilen Spaniens dringend notwendig,
aber in Deutschland natürlich völlig fehl am Platz. Auch
kann der Schutz bestimmter Böden für den Klimaschutz
wirksamer sein als anderer und die Stilllegung von Flä-
chen hat einen größeren Effekt auf den Schutz der Bio-
diversität, wenn dadurch Lebensräume bestimmter Arten
verbunden werden. Diese Unterschiede müssen sich auch
in der Höhe der Prämien niederschlagen, um Umwelt und
Klima zielgerichtet zu schützen.

Die unterschiedlichen Instrumente in der ersten
 (Greening und Cross Compliance) und zweiten Säule
 (Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen) müssen zusam-
 mengelegt werden, um eine kohärente, zielgerichtete
 Förderung zu haben, die den administrativen Aufwand
 sowohl für die Landwirt*innen als auch für die Verwal-
 tung so gering hält wie möglich und Doppelförderungen
 verhindert. Dazu gehört auch eine Stärkung des Ord-
 nungsrechts: **Mindeststandards in Bezug auf Umwelt,**
Klima und Tiere müssen für alle verpflichtend sein und
dürfen keine Option sein, die noch mit dem Erhalt von
Zahlungen belohnt werden.

Um eine kohärente Klima- und Umweltpolitik zu haben,
 dürfen Zahlungen aber nicht nur auf den Agrarsektor be-
 schränkt bleiben: Jede*r Produzent*in, egal ob in der Land-
 wirtschaft tätig oder in einem anderen Bereich, soll für
 Leistungen, die der Öffentlichkeit zu Gute kommen, die
 aber nicht auf dem Markt entlohnt werden, vom Staat
 entlohnt werden. Hierbei spielt es keine Rolle, ob beson-
 dere Leistungen für die Biodiversität bei dem Einbezug
 geschützter Wiesenflächen durch die Umplanung eines
 Ackers, eines Friedhofs oder Flughafens erbracht werden.

Es braucht stärkere öffentliche Anstrengungen, um den
 Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren. Dazu gehört,
 den Konsum tierischer Produkte in der EU erkennbar zu
 senken. Dabei muss eine soziale Diskriminierung verhin-
 dert werden, **denn wir wollen nicht, dass ärmere Haus-**
halte, die einen größeren Anteil ihres Einkommens für Le-
bensmittel ausgeben als wohlhabendere, an dieser Stelle
stärker in die Pflicht genommen werden. Bei den drängen-
 den Problemen des Klimawandels können wir diesen Be-
 reich bei unseren Anstrengungen **aber** nicht einfach aus-
 klammern. Hier kann die Subventionierung besonders kli-
 mafreundlicher Lebensmittel, **die einen niedrigen CO2-**
Fußabdruck haben, ein Instrument sein. Das kann Lebens-
mittel aus regionaler Produktion betreffen, genauso wie

313 **kos** aufzulegen, wie beispielsweise der Förderung von Ver-
314 sicherungen gegen Ernteausfälle. Ziel dieser Förderung
315 von KMU soll der Arbeitsplatzertand und eine Vermeidung
316 zu hoher Konzentration einiger weniger Produzent*innen
317 sein.

318

319

320

321

322

323

324

325

326

327

328

329

330

331

332

333

334

335

336

337

338

339

340

341

342

343

344

345

346

347

348

349

350

351

352

353

354

355

356

357

358

359

360

361

362

363

364

365

pflanzliche Lebensmittel. Hierbei soll aber nicht pauschal nach Kategorien subventioniert werden, sondern explizit der Effekt aufs Klima zur Grundlage genommen werden, da regionale Lebensmittel durch lange Lagerung in Kühlung durchaus auch eine schlechtere CO2-Bilanz haben können, als Lebensmittel, die von einem anderen Kontinent kommen, aber durch den Transport per Schiff dennoch eine bessere CO2-Bilanz haben. Das gleiche gilt für die Einführung einer Klimaabgabe auf Lebensmittel, deren Produktion und Transport besonders viele Treibhausgase freisetzt.

Die Sozialdemokratie wird sich auf den entsprechenden Ebenen **weiterhin** dafür einsetzen, Glyphosat zum nächstmöglichen Zeitpunkt in der EU zu verbieten, sollte es bis dahin keine wissenschaftlich einwandfreien Studien geben, die die langfristige Nicht-Schädlichkeit belegen. Das bezieht sich auf die Gesundheit von Produzent*innen und Konsument*innen, wie auch auf die Biodiversität, vor allem auf den Insektenschutz.

Wir fordern außerdem die umfangreiche finanzielle Förderung von Forschung im Bereich der Agrarwissenschaften und grüner Gentechnik an Universitäten und öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen, sowie verbesserte Möglichkeiten für öffentliche Einrichtungen, neue gentechnisch veränderte Pflanzen im Feld zu testen. **Die Möglichkeiten der grünen Gentechnik müssen dafür genutzt werden, die Ernährung weltweit zu sichern, indem Sorten entwickelt werden, die an verändertes Klima angepasst und weniger Wasser, Nährstoffe, etc. benötigen. Doch so wie es jetzt ist, darf es nicht weitergehen: Diese Ziele gehen, wenn dann nur zufällig mit den Profitinteressen großer Konzerne zusammen. Patenten auf Leben, Kopplung an Pestizide und Düngemittel und der damit verbundenen Abhängigkeit von Großkonzernen müssen wir begegnen, indem wir die Forschung nicht den Privaten überlassen, sondern öffentliche Forschung in dem Bereich stärken.**

Mehr Tierwohl in der EU

Um endlich die Standards in der Tierhaltung ausreichend zu erhöhen, brauchen wir neue, verbindliche, strenge Regelungen, deren Einhaltung besser kontrolliert wird. Freiwillige Selbstverpflichtungen und noch ein **zusätzliches Label, wie es das BMEL jetzt vorgestellt hat**, reichen uns nicht aus, da das keine Instrumente sind, die wirkliche und flächendeckende Besserung bringen! **Die inflationäre Vergabe von Ausnahmegenehmigungen in der Tierhaltung wie beispielsweise beim Kupieren der Schwänze bei Schweinen ist für uns nicht hinnehmbar, ebenso wenig wie die Nachsichtigkeit bei Kontrollen und der Verbindlichkeit von Gesetzen, die sich zuletzt erst wieder in der**

366
367
368
369
370
371
372
373
374
375
376
377
378
379
380
381
382
383
384
385
386
387
388
389
390
391
392
393
394
395
396
397
398
399
400
401
402
403
404
405
406
407
408
409

erneuten Verlängerung der Übergangsfrist zum betäubungslosen Kastrieren von Ferkeln gezeigt hat.

Gesundheit von Konsument*innen

Medikamente, insbesondere Antibiotika dürfen nicht mehr durch die Tierärzt*innen selbst verkauft werden. Des Weiteren dürfen Tiere, die eine Antibiotikatherapie erhalten haben, nicht wieder in den Lebensmittelmarkt eingeführt werden. Dies gilt auch für Erzeugnisse dieses Tieres. Diese Praxis setzt aktuell den Anreiz, Antibiotika und andere Medikamente zu oft und in zu großen Mengen zu verschreiben, da die verschreibenden Tierärzt*innen durch den Verkauf daran zusätzlich verdienen können. Leider hat das Verbot, ganze Herden auf einmal mit Antibiotika zu medikamentieren, bisher kaum Wirkung gezeigt und wird viel zu oft umgangen. Die Einhaltung dieses Verbots muss stärker kontrolliert werden, um die Resistenzbildung von Keimen nicht noch zu beschleunigen.

Gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land

Einkommenssicherung muss auch für Landwirt*innen stattfinden, allerdings im Rahmen der Sozialpolitik der EU und der Mitgliedsstaaten. Die Idee, diesen Transfer über Direktzahlungen über die Fläche gewährleisten zu wollen, ist absolut nicht sinnvoll: Zum einen erhalten flächenmäßig große Betriebe mehr Zahlungen und nicht die schlechter verdienenden Landwirt*innen, wie es die Solidarität gebieten würde. Zum anderen, schlagen Landeigentümer*innen die Zahlung in der Regel direkt auf den Pachtpreis für das Land auf. Dies betrifft Deutschland noch mehr als andere Mitgliedsstaaten, denn hier sind besonders viele Landwirt*innen nur Pächter*innen und nicht Eigentümer*innen des von ihnen bewirtschafteten Lands. Eine Umverteilung nach sozialen Gesichtspunkten kann mit Direktzahlungen pro Fläche also gar nicht stattfinden.

Die GAP ist nur eines von mehreren Instrumenten zur Förderung des ländlichen Raums, von denen viele wie z.B. der Europäische Strukturfonds (ESF) und der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) auch vor einer Neuauflage stehen. Hier ist es wichtig, diese aufeinander abzustimmen, um nicht sich widerstrebende Ziele zu formulieren, aber auch keine doppelten Förderstrukturen zu schaffen.